

Israel: Politiker muss zurücktreten wegen schwulem Neffen

Weil er bei der schwulen Hochzeitszeremonie seines Neffen dabei war, muss ein ultra-orthodoxes Knesset-Mitglied seinen Hut nehmen.

Der Knesset-Abgeordnete Jigal Getta hat am Mittwoch wegen einer Teilnahme an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit angekündigt, sein Parlamentsmandat zurückzugeben. Der Politiker der ultra-orthodoxen Schas-Partei war zuvor von Parteifreunden und Rabbinern scharf kritisiert worden.



Auslöser war ein Radio-Interview im Armeesender vom Montag, in dem Getta mit Stolz davon erzählte, dass er vor zwei Jahren an der gleichgeschlechtlichen Hochzeitszeremonie seines Neffen teilgenommen habe. Er habe zwar seinen Verwandten gesagt, dass diese Ehe laut Tora verboten und sogar "ein Gräuuel" sei, habe aber angefügt: "Was kann man tun? Mein eigenes Urteil ist nicht von Relevanz." Seine ganze Familie sei zur Hochzeit gegangen mit dem gemeinsamen Ziel, den Bräutigam damit glücklich zu machen.

Nur einen Tag nach dem Interview veröffentlichten fünf erboste Rabbiner einen Brief, in dem sie die Öffentlichkeit aufforderten, sich bei der Schas-Partei wegen der "schrecklichen Schändung von Gottes geheiligtem Namen" zu beschweren. Selbst Parteifreunde des Gescholtenen übten Kritik an der Hochzeitsteilnahme und forderten den Rücktritt Gettas.

Andere Parteien kritisieren Rücktritt

Nach dem Rücktritt übten gemässigte und linke im Parlament vertretene Parteien scharfe Kritik an der Homophobie der Schas-Partei. "Es ist schade, dass im Israel des Jahres 2017 ein Knesset-Mitglied zum Rücktritt gezwungen wird, weil er an der Hochzeit zweier Menschen teilgenommen hat, die einander lieben", erklärte etwa Yair Lapid, der Vorsitzende der liberalen Partei Jesch Atid. Zehava Gal-On, die Chefin der sozialdemokratischen Partei Meretz, erklärte, Getta sei für eine "menschliche Geste" bestraft worden.

Die Schas-Partei hat derzeit sieben von 120 Knesset-Sitzen inne und stellt damit die siebtgrösste Fraktion im Parlament. Sie ist Teil der Regierungskoalition von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu.

In Israel sind gegenwärtig nur religiöse Ehe-Schliessungen möglich, die auf Antrag in einem Ehe-Register vom Staat anerkannt werden. Im Ausland geschlossenen Ehen von gleichgeschlechtlichen Paaren werden – ebenso wie die von gemischtreligiösen Heterosexuellen – ebenfalls anerkannt. Seit Jahren gibt es im Land eine Debatte darüber, ob der Staat Zivil-Ehen für alle einführen sollte. Der Oberste Gerichtshof des Landes hatte erst Ende August auf Klage einer LGBTI-Organisation entschieden, dass dieser Schritt nicht einklagbar ist, sondern durch die Politik erfolgen müsse. Laut Umfragen spricht sich eine deutliche Mehrheit der israelischen Bevölkerung für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen aus.